

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Nast du schon ein Programm
zur Revolutions-Feder?

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementspreis monatlich drei Mark (halbmonatlich 1,50 M.) durch die Post bezogen monatlich 2 M. (ohne
Zuschlagsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-11 / Geschäftsstelle u. Expedition:
Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach Dresden Nr. 18090, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schulze: Dresden-11, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiter-
stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Sonnabend, den 29. Oktober 1927 Nummer 254

Verschärfte Dawes-Kontrolle

Ein neuer Schritt des Reparationsagenten

Berlin, 29. Okt. (Eig. Drahtbericht)

Die Welt am Abend weiß über einen neuen Schritt Parker Gilberts zu berichten: Anlässlich des in sechs Wochen zu erwartenden Halbjahresberichtes ist in diplomatischer, aber doch eindeutiger Form ein weiteres Eingreifen des Reparationsagenten zu erwarten. Der Reparationsagent ist von Washington beauftragt worden, noch jezt alles zu tun, das Deutschland den Reparationsmächten nicht finanziell einschließt. Washington hat Parker Gilbert hingewiesen auf die verschiedenen Reichswehrunternehmungen, die Finanzierung der Filmgesellschaften durch die Reichsregierung, die aus Reichsmitteln gepushte Kriegsschuldpropaganda, die Milliarden für Fürstenabfindung und für tollpöhlige Vandalenspielerien. Ferner wird der Reparationsagent auf den Haushaltsplan für 1928 einen scharfen Einfluß ausüben und eine Reihe Abstände verlangen, die sich zwar auch auf das Reichswehrministerium beziehen, in Wirklichkeit aber die Sozialkatastrophen treffen sollen. Zur Durchsetzung seiner Politik wird der Reparationsagent mit dem Kreditzugang drohen. Die Wörte ist von den neuen Eingriffen Parker Gilberts schon unterrichtet, aber die Presse darf von der äußeren Stimmung, die dort herrscht, nur sehr zurückhaltend sprechen. Die Reichsregierung betrachtet Parker Gilbert als einen nicht unerwünschten Gehilfen bei der Durchsetzung ihrer volksfeindlichen Politik.

Die bürgerliche und SPD-Presse schweigt sich jezt fast völlig über die Absicht des Bürgerblockministers Dr. Köhler sowie dem Reparationsagenten Parker Gilbert aus. Es wird nur von einem Frühstück berichtet, das Herr

Köhler dem Reparationsagenten gab und dem eine große Bedeutung zukomme.

Die „große Bedeutung“ werden die unteren Beamten, sowie die Massen des werktätigen Volkes bald zu spüren bekommen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein Anschlag auf die unteren Beamten vorbereitet wird. Zu gleicher Zeit werden von den Industriellen Verhandlungen geführt, die Arbeiterschaft durch neue Methoden der Rationalisierung zu schröpfen. Zu gleicher Zeit kündigt Herr Köhler im Haushaltsauschuß eine weitere Senkung der Steuern für die Besitzenden und ein weiteres Anziehen der Steuerlast für die Besitzlosen an, und die sozialdemokratischen Führer schweigen, durch Koalitionsinteressen gebunden. Die Arbeiterschaft wird die so schweigenden Herren zur Rede zwingen. Klarer denn je ist durch die letzten Auseinandersetzungen die ungeheure Steuerbelastung der Besitzlosen und die Steuererleichterungen der Besitzenden sichtbar geworden und eindeutiger als bisher sehen die Millionen-Massen, daß die Sozialdemokratie selbst vor Trägheit macht, wo sie Klassenfragen werden könnten. Die Frage der Schwälzung der Daweslasten wird trotzdem gestellt werden. Die Arbeiterschaft wird für die Beilegung der unerhörten Steuerbelastung kämpfen. Es wird Zeit, daß die direkten Steuern, die Lohnsteuer und die indirekten Steuern, die den Konsum der Werktätigen belasten, verschwinden. Es wird Zeit, daß die Kapitalisten dort getroffen werden, wo sie am empfindlichsten sind und die werktätigen Massen in den Betrieben nicht dulden, daß trotz wachsender Opposition gegen den Bürgerblock diese Regierung nach wie vor in Deutschland schalten und walten darf.

Die Theorie der Hamburger Rosttäuscher

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Sozialdemokraten im Hamburger WDB und in der Führung der Partei die Verhandlungen mit den Kommunisten nur zu Wandierzwecken führten, um sich vor den Arbeitern ein Bild für die Fortführung der Koalition mit den Pfeifferläden zu verschaffen, so wäre dieser durch ihre Berichterstattung über die Verhandlungen erbracht. Die Ausgabe des Hamburger Echo, unmittelbar nach der Sprengung der Verhandlungen durch die WDB-Führer erschienen, ist nämlich eine wahre Sondernummer zur „Entloerung“ der KPD. Sie enthält in sensationeller Aufmachung einen kindlichen Filatusbrief des Hamburger WDB an die SPD, in dem die guten Leute, nachdem sie die Verhandlungen eben gemeinsam mit den SPD-Führern zum Scheitern brachten, diesen mitteilen: „Bei der KPD sei nicht ein Punkt ernstlichen Willens für Zusammenarbeit“ vorhanden, sie hielten weitere Verhandlungen für vollkommen zwecklos; die Sondernummer enthält weiter einen schwungvollen Leitartikel „Das Ende einer Mission“, in dem die Hoffnung geäußert werden sollte, es werde jezt zu einer gründlichen Wandlung des Verhältnisses zwischen KPD und SPD kommen“, mit künstlichem Pathos darüber aufgeklärt wird, daß er „am Ende einer Mission stehe“; sie enthält weiter den spaltenlangen, mit absterbender Demagogie gewürzten Verhandlungsbericht und einige weitere Beiträge, alle mit dem Reklamé „an der kommunistischen Sache vor Verantwortung, an der theoretischen und politischen Vermittlung, am Arbeitererrat der KPD“ sei der Versuch, das Hamburger Wahlergebnis im Interesse der Arbeiter auszunutzen, geläutert.

Ueber die sachlichen Vorgänge haben wir schon berichtet. Die Hamburger Reformisten glaubten, durch ihr Wandern die Arbeiter täuschen zu können. Wie unfähig sie sind, sogar die Urtellkraft ihrer eigenen nächsten Anhänger einzuschärfen, das beweist schon heute die Empörung der Arbeiter in den Hamburger Betrieben, und wie lind sich, daß die weitere Tätigkeit der SPD in der Pfeifferladkoalition zur weiteren Klärung, wer im deutschen Proletariat die Arbeiterinteressen vertritt, sehr reich noch das fehlende beitragen wird. Wenn wir über den letzten Akt des Wanderns nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, so geschieht es, weil die Hamburger Situation bei der weiteren Vinskämmerung in Deutschland sich sehr reich auch in anderen Teilen des Reiches wiederholen wird. Und da ist es wertvoll, schon jezt die sozialagen theoretische Begründung anzunageln, die die „Marxisten“ der SPD in Hamburg dem von den Gewerkschaften geleiteten Rosttäuscher-Trik diesmal zu geben verlusten. Die WDB-Führer selbst zeigten sich ihrem Wandern noch einigermaßen gewachsen. Abgesehen und geleistet im Ruchhandel, wie diese reformistischen Bureaurokraten sind, führten sie die „Verhandlungen“ ohne großes theoretisches Belieben noch den einfachen, erprobten Grundrissen ihrer jahrzehntelangen Bureaurokratenpraxis. Sie machten dabei für ihren unglücklich ausgegebenen Vertreterstandpunkt noch eine ganz gute Figur. Eine geradezu lächerliche Rolle aber spielte in den Verhandlungen der Sozialdemokrat, der das Wort als Parteivertreter der SPD nahm. Herr Leuteritz, der Vertreter der Hamburger Organisation, trat nämlich als „Marxist“ auf. Nach dem Bericht des Hamburger Echo sagte er wörtlich: „Würden wir in Hamburg den Versuch machen, grundsätzliche Forderungen herbeizuführen, dann würde ein solcher Versuch durch Reichsregulativ von Karl Marx stützt werden. Die KPD hat immer wieder Karl Marx zitiert. Da ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß Karl Marx einmal (!) eindeutig ausgesprochen hat, daß eine soziale Revolution in Deutschland nur ein Sturm im Glase Wasser ist, wenn nicht auch in England, und wir müssen heute hinzusetzen, auch in Amerika. Die soziale Revolution ausbricht. Wenn das schon für Deutschland gilt, dann gilt es in erhöhtem Maße für Hamburg.“

Es braucht nicht noch einmal unterzogen zu werden, daß die KPD ihre 14 Forderungen gerade deshalb aufgestellt hat, weil sie der Auffassung ist, daß gegenwärtig die „Frage der sozialen Revolution“, wie Herr Leuteritz sich ausdrückt — gemeint ist wohl die Frage des Endkampfes um die Macht — gar nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht. Es ist aber doch für den Führer einer der größten SPD-Organisationen in Deutschland kennzeichnend, womit er die Notwendigkeit der Koalitionspolitik begründet, und in welcher idiotischen Weise er es wagt, sich für diese idiotische Begründung auf Marx zu berufen. Diese Perspektive der Revolution des Herrn Leuteritz, sie hat mit der Marxischen Auffassung auch nicht das geringste zu tun, sie entspricht vielmehr dem opportunistischen Theorien des schlimmen Kautskanerrums, da es für die proletarische Umwälzung erst den Bestand eines kapitalistischen Weltmarktes, den Ueberimperialismus voraussetzt. Niemals hat freilich selbst der Renegat Kautsky die kindliche Vorstellung ausgesprochen, daß die soziale Revolution sozialagen an einem Tage zur festgesetzten Stunde in allen Teilen der Welt gleichzeitig aus-

Ausperrung in der Zigarrenindustrie

Die von der Bezirksgruppe Sachsen des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller angekündigte Ausperrung ist seitdem in Kraft getreten. Von ihr werden etwa 12.000 Arbeiter betroffen. Die Ausperrung im ganzen Reich soll am 12. November erfolgen, falls bis dahin nicht die in Leipzig und anderen Orts angekündigten Lohnkämpfe abgebrochen würden. Von der Gesamtpersperrung würden etwa 120.000 Zigarrenarbeiter betroffen werden.

Mit der nun in Kraft getretenen Ausperrung werden die Unternehmer einen Gegenschlag gegen die in Leipzig spontan in den Lohnkampf getretenen Zigarrenarbeiter zu führen. Wir haben bereits gestern in einem längeren Aufsatz die Lage in der Zigarrenindustrie skizziert und die Ursachen der ausgebrochenen Lohnkonflikte aufgedeckt. Auch im Kampfe der Zigarrenarbeiter, die unter den erbärmlichsten Lohnverhältnissen arbeiten mußten, haben die Reformisten den Unternehmern Hilfeleistung gegeben und offen erklärt, daß sie den Kampf der Leipziger Zigarrenarbeiter nicht billigen könnten. Inzwischen hat das entschlossene Vorgehen der Zigarrenarbeiter in Leipzig bei den Betriebsbelegschaften in Breslau, Mannheim und in Bünde Nachahmung gefunden. Die im Kampfe befindlichen Tabakarbeiter fordern eine Erhöhung ihrer Löhne um 20 Prozent.

Jezt drohen nun die Unternehmer mit einer Massen-ausperrung, die mindestens den bisher an der Bewegung unbeteiligten Arbeiter gegenüber ein glatter Tarifbruch ist. Das muß auch der heutige Vorwärts zugeben, der schreibt: „Das ist ein offener Tarifbruch der Unternehmer, der in den einzelnen örtlichen Tarifbrüchen der Arbeiter keine Rechtfertigung findet.“ Das Vorgehen der Unternehmer, die sich glatt über den Vertrag hinweggehen, wird eine sehr nützliche Lehre sein. Das Verhalten der Unternehmer zeigt, daß sie mehr Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl gegenüber den bestreikten Fabrikanten besitzen, als die reformistischen Gewerkschaftsführer, die kategorisch jede Solidaritätsaktion ablehnen, und, wie das von uns vor wenigen Tagen veröffentlichte Rundschreiben der Gauvereine zeigt, den Arbeitern empfehlen, sich ruhig zu verhalten. Während die Unternehmer hemmungslos ihre Profitinteressen verteidigen, schwächen die Reformisten noch immer von „Tarifstreue“, auch wenn Hunderttausende von Arbeitern dabei buchstäblich verhungern.

Streik der Textilarbeiter

Nat heißt Eisen, — auch die Fesseln eines Zwangsstreiks vorzuziehen, den ein unternehmerfreundlicher Schlichter für verbindlich erklärte. In der Textilindustrie Sachsens wurde be-

kanntlich für die über 400.000 Gewerbstätigen ein Schiedspruch gefällt, der die horrenden Erhöhungen der Stundenlöhne um 8 Prozent vorsieht. Der Schiedspruch hat unter der Arbeiterschaft ungeheure Erbitterung hervorgerufen, die noch dadurch gesteigert wurde, weil sich die Unternehmer weiterten, mit dieser Erhöhung auch eine entsprechende Aufbesserung der Akkorddienste eintreten zu lassen. Im weitläufigsten Industriegebiet ist es deshalb in einer großen Anzahl von Betrieben zu starken Differenzen gekommen, in deren Verlauf die Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen passive Resistenz übten, oder wie im Thalheimer Industriegebiet, in den Streik traten. Auch im Limbacher Bezirk ist die Arbeiterschaft dem Vorgehen der Thalheimer Textilarbeiter gefolgt. Bei der Firma Hausold u. Co. ist die etwa 300 Mann starke Belegschaft in den Streik getreten. Inzwischen sind in Thalheim mit den bestreikten Firmen Vereinbarungen abgeschlossen worden, nach denen die über 60 Prozent über den Akkordrichtsatz hinaus verdienenden Arbeiter 74 Prozent und die übrigen 6 Prozent Lohnerrhöhung erhalten sollen. Auf Grund dieser Zugeständnisse ist der Kampf abgebrochen worden.

Auch in Ostfachsen

gibt es trotz des verbindlich erklärten Schiedspruches. Bei der Firma Duncans Pelzindustrie in Lobau haben am Donnerstag früh 300 Akkordarbeiter die Arbeit niedergelegt, da die Firma sich weigert, die Akkordlöhne auf Grund des verbindlichen Schiedspruches in der ostfächsischen Textilindustrie, die zehnprozentige Lohnerrhöhung bei den Akkordlöhnen, zu zahlen.

Neue Lohnbewegung der Berliner Verkehrsbetriebe

Berlin, 29. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nachdem vor einigen Tagen die Berliner Straßenbahner durch einen erbärmlichen Schiedspruch mit wenigen Pfennigen Lohnerrhöhung abgespeißt worden sind, nahm eine am Donnerstag stattgefundene Funktionärversammlung einen Antrag an, in dem eine zwischenzeitliche Lohnerrhöhung von 15 Pf. pro Stunde gefordert wird. Auch bei den anderen Verkehrsbetrieben, der Hochbahn und U-Bahn, wurden Lohnforderungen gestellt. Es ist daher die Aufgabe der Gewerkschaften, eine Lohnbewegung für alle Verkehrsbetriebe gemeinsam zu führen und darauf zu drängen, daß die Bewegung nicht verkleppert wird. Gegenüber den Direktoren der Berliner Verkehrsbetriebe darf kein Zweifel geduldet werden, daß die Verkehrsbetriebe entschlossen sind, die Durchsetzung ihrer Forderungen zu erzwingen.